

DIE LINKE. im Rat

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 48 · April 2021

Seite 2

INHALT

- Die Rechnung zahlen immer die Armen
- Wer bezahlt die Corona-Krise?
- Jobcenter muss Zugang zu Leistungen gewähren
- Endlich ist auch Wuppertal ein „Sicherer Hafen“

Seite 3

- BUGA 2031: Die Diskussion starten!
- Mehr Gesamtschulen für Wuppertal!
- Prozess Paschalis – Das Schweigekartell
- Wir geben Schaeffler nicht auf!
- Ehemalige Pädagogische Hochschule: Alle Zeichen stehen auf Abriss
- Jeder Abriss ist ein Gewaltakt
- Rede von Gerd-Peter Zielezinski auf der Gedenkveranstaltung

DIE LINKE.
im Rat

der Stadt
Wuppertal

Impressum:
Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal, Rathaus, Zimmer 312, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Susanne Herhaus, Hartmut Kissing, Bernhard Sander, Sebastian Schröder, Gerd-Peter Zielezinski
Redaktionsschluss: 26. April 2021

Ein Geschenk für Clees

DIE LINKE im Rat hat der Anmietung der Bundesbahndirektion nicht zugestimmt, die ganz große Koalition aber doch.

DIE LINKE meint: Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, ein gescheitertes Invest der Immobilienspekulation durch Mietzahlungen aus dem städtischen Haushalt rentierlich zu machen.

Die Bahndirektion soll angemietet werden, um darin Ämter, Jobcenter und Uni unterzubringen. Der Sanierungsstau in diesen städtischen Liegenschaften ist durch das GMW selbst geschaffen und wird jetzt vorgeschoben, dass Mieten günstiger sei als in das Eigentum zu investieren.

Völlig ungeklärt bleibt: Was soll denn in die freigezogenen Liegenschaften der Stadt einziehen? Meist handelt es sich um attraktive Innenstadtfächen. Der Baudezernent schweigt dazu, ob die freien Liegenschaften als wertmäßig abgängig deklarieren werden, um die Gebäude abzureißen (z. B. der Heubrich-Flügel am Rathaus in Barmen). Wenn man das macht, kann man die Fläche im Rahmen einer Umzugskette Dritten zur Verfügung stellen.

Der Mietpreis für die Bahndirektion ist nicht bekannt. Und so kann man auch nicht vergleichen: Wie hoch ist der Instandhaltungsbedarf? Und was würde ein Neubau kosten? **Zur Erinnerung:** Die Stadtwerke wollten bei den Clees-Mieten nicht einziehen und haben den Neubau ihrer Verwaltung als kostengünstiger eingeschätzt.

Eigene investive Mittel hat die Stadt kaum noch, da sie den Umbau Döppersberg samt Kostensteigerungen finanziert hat. Bisher 153 Millionen Euro, davon nur 60 Mio. Euro vom Land. Hinzu kommen weitere 6–8 Millionen für die Mauersanierung.



Man legt mit diesem Beschluss schon mal die eigenen finanziellen Verhältnisse so weit offen, dass der Investor daraus seine Miethöhen ableiten kann.

Das Gebäude ist für die Ämter, die umziehen sollen, zu groß. Das Projekt geht nur, wenn Jobcenter und Uni mitziehen. Was passiert, wenn diese ganz andere Vorstellungen /

finanzielle Spielräume entwickeln? Oder wird dann mit Sanktionen – Einsparungen bei SGB II – Beziehen die Repräsentationslust der Jobcenter-Leitung befriedigt?! ●



Weitere, teure Folgekosten am Döppersberg

Die Wuppertaler*innen und die Besucher*innen der Stadt haben sich mittlerweile an die Netze vor der Döppersberg-Mauer gewöhnt. Sie waren notwendig geworden, „Leib und Leben“ der Passant*innen vor abbröckelnden Steinen aus der Natursteinmauer zu schützen. Dass die Mauer aus nicht sachgerechten Steinen besteht, die darüber hinaus auch nicht sachgerecht eingebaut wurden, wurde erst durch einen sachverständigen Bürger aufgedeckt. Dies war den Mitarbeiter*innen der Stadt während der Baumaßnahmen nicht aufgefallen.

Im Februar entschied sich die Verwaltung gegen die Baufirma zu klagen. Es geht um den Vorwurf, dass die Mauer aus nicht frostbeständigen Steinen erbaut wurde. DIE LINKE im Rat berichtete. Sanierung der Natursteinmauer könnte 6 bis 7 Millionen Euro kosten.

Jetzt stellt sich auch heraus, dass auch an der Fassade des Bahnhofsgebäudes ebenfalls nicht sachgerechte Steine verbaut wurden. Wieder wurde der Mangel durch ebenjenen Bürger angezeigt. Auf der Fassade wachsen Algen und färben den gelben Sandstein grün.

Nicht nur an der Natursteinfassade um den unteren Platz, sondern auch am Bahnhofsgebäude werden teure Sanierungsarbeiten fällig.

Über die Höhe der Sanierungskosten schweigt die Stadtverwaltung bisher. Auch scheint die Verwaltung ohne Plan: Komplettaustausch der Sandsteinplatten,

Impregnierung alle drei Jahre? Vor einer Klage schreckt die Stadtverwaltung offenbar zurück, weil man sich nicht sicher ist, ob die Mängel nicht von der Bauverwaltung

und ihren teuren externen Planern zu verantworten sind. ●



Die Rechnung zahlen immer die Armen

Nach über 14 Monaten weltweiter Pandemie zeigen sich die großen Schwächen unseres politischen und damit des gesellschaftlich prägenden Systems. Die Wunderländer klaffen weiter auseinander, wenn die Wunden nicht geschlossen werden. Dies zeigt sich in allen Bereichen des täglichen Lebens und des sozialen Miteinanders.

Beispiel Schulen: Die Schulen haben nahezu nicht mehr auf, der Unterricht hat sich von Präsenz in Distanz verlagert. Es gibt keine Planbarkeit mehr, wann Unterricht in welcher Form stattfindet. Diese Unplanbarkeit wirkt sich natürlich auch auf die Abschlusschüler*innen aus. Normalerweise verlassen pro Jahr rund 104 000 junge Menschen ohne Abschluss die Schulen. In Corona Zeiten rechnet man mindestens mit einer Verdopplung dieser Zahl. Es werden bundesweit 210 000 Schulabbrecher*innen in 2020 und genauso viele noch einmal in diesem Jahr erwartet.

Kinder aus sozial benachteiligten Familien werden nicht mehr erreicht, wenn die Schulen keinen direkten Lehrbetrieb anbieten können. Verschlussene Schulmauern und -tore sind Sinnbild für verschlossene Zutrittswege zu Ausbildung und Beruf. Kinder, die von zu Hause aus nicht am Unterricht teilnehmen können, weil die Eltern zu arm sind um einen Computer und einen Drucker zu kaufen, sind die großen Verlierer*innen dieser Krise.

DIE LINKE fordert darum eine Kindergrundversicherung und ein Teilhabegeld statt einer Berücksichtigung der Kinder im Hartz-IV-System. Damit Kindern auch in ärmeren Familien die Teilhabe am Homeschooling gegeben wird.

Beispiel Wohnraum: Menschen aus prekären Verhältnissen teilen sich häufig weniger Quadratmeter. Es fehlt an Rückzugsraum, es fehlt an einem Garten für die Kinder, oft ist noch nicht einmal die Möglichkeit eines Balkons vorhan-

den. DIE LINKE fordert mehr bezahlbaren Wohnraum, der den heutigen Ansprüchen entspricht, insbesondere in Zeiten häuslicher Isolationen durch Corona. Durch Kita- und Schulschließungen ist das Vertrauen in die Verlässlichkeit der öffentlichen Mitverantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder brüchig geworden. Wenn es dann zusätzlich an adäquatem Wohnraum fehlt, werden Familien und Kinder völlig alleine gelassen.

Beispiel Arbeit: Prekär Beschäftigte können seltener im Homeoffice arbeiten. Als Gründe nennen Sozialverbände Unterschiede sowohl bei den Arbeits- als auch bei den oben genannten Wohnverhältnissen. Ein separater Büroarbeitsplatz ist schlicht oft unmöglich. Hinzu kommt, dass Menschen mit vergleichsweise geringem Einkommen häufiger in Produktions- und Dienstleistungsberufen arbeiten und darum seltener Homeoffice umsetzen können. Firmen müssen nicht nur aus diesem Grund vom Gesetz her verpflichtet werden, Schnelltests anzubieten und umfangreiche Hygienepläne aufzustellen, um ihre Beschäftigten zu schützen.

Menschen, die heute in Kurzarbeit sind, sind morgen vielleicht schon arbeitslos. Die Lage wird sich in den kommenden Monaten zuspitzen. Die Pleitewelle inhaber*innengeführter Geschäfte ist noch lange nicht absehbar, da die Insolvenzantragspflicht vorerst bis zum 31.04.2021 ausgesetzt ist. Die anhaltende Perspektivlosigkeit, in denen sich Menschen in Kurzarbeit befinden, macht es diesen Menschen doppelt schwer, ein sicheres Leben ohne Existenzängste und permanenter Sorge zu führen.

Damit reißt die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Beispiel: Der Autobauer Daimler hat im vergangenen Jahr eine dreistellige Millionensumme durch die Inanspruchnahme immenser Kurz-

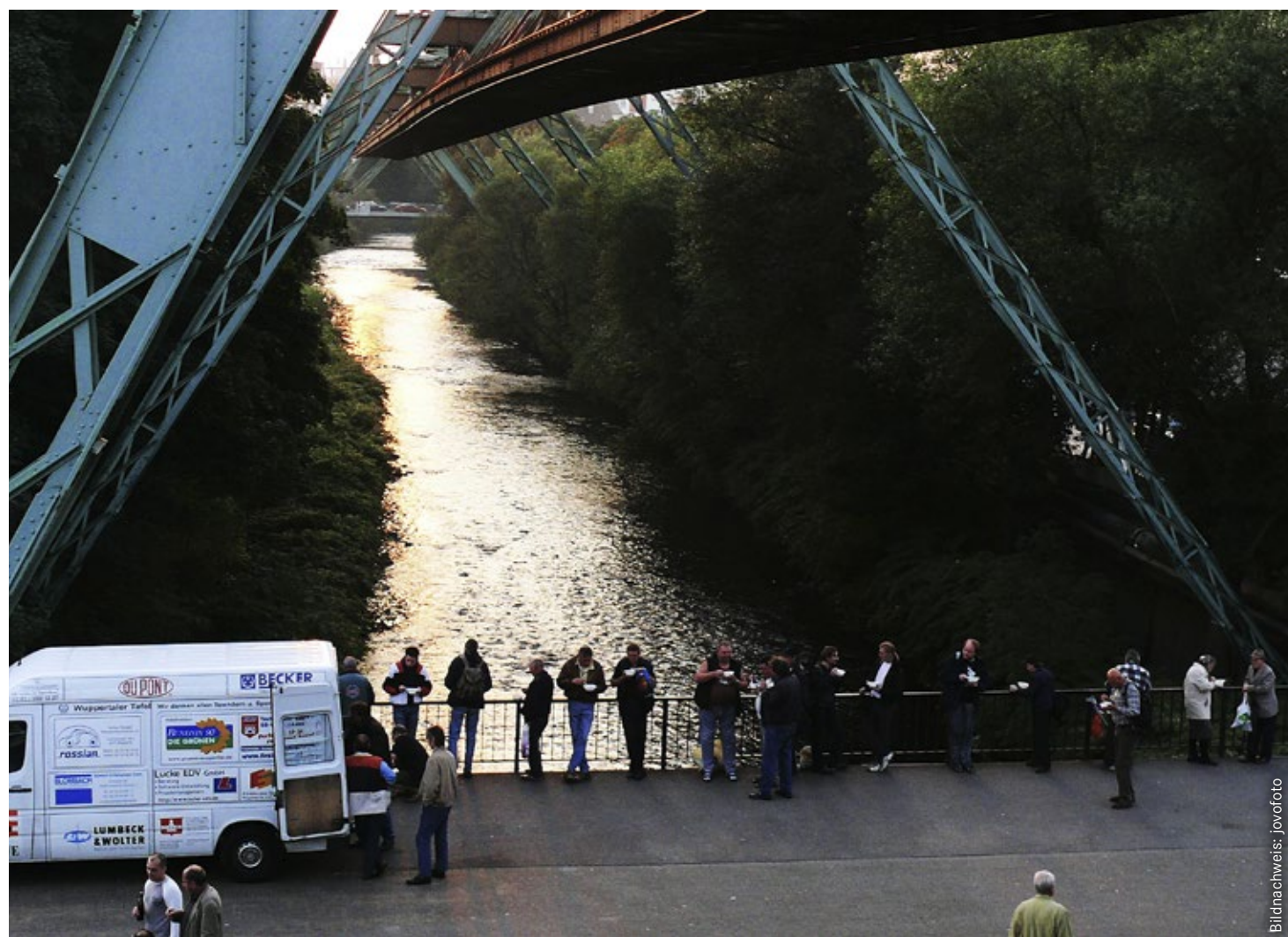
arbeitergelder eingespart. So konnte er den Aktienbesitzern eine Dividende ausschütten. Im Gegensatz dazu werden die Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung oft nicht in voller Höhe übernommen. Schon vor der Pandemie betrug der Eigenanteil, den ALG II-Beziehende 2018 in Wuppertal übernehmen mussten, 38,10 EUR im Monat.

Das Covid-19-Virus gefährdet sämtliche gesellschaftliche Schichten, die schon vorher minder privilegiert an den Rändern der sozialen Teilhabe um ihr Überleben kämpften. Angefangen bei den Kindern, vor denen sich die Bildungspforten krachend schließen, über ältere Bürger*innen, Arme, Obdachlose und Angehörige diskriminierter Gruppen. Es sind oft unscheinbare Kleinigkeiten, die Menschen am Rand der Gesellschaft die Chance auf eine Impfung wieder nehmen – und sie damit weiterhin dem Risiko einer schweren, potenziell tödlichen Erkrankung, aussetzen. Manchmal sind es fehlende Sozialversicherungsnummern und Meldeadressen. Ein anderes Mal Sprachbarrieren oder Impfeinladungen, die sich nur mit Computer oder Smartphone organisieren lassen, bei gleichzeitigem nicht Vorhandensein dieser Endgeräte.

Corona verschärft die vorhandene soziale Spaltung der Gesellschaft und benachteiligt verstärkend all jene Gruppen unserer Gesellschaft, die schon vor der Krise wenig besaßen.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet wird es am Ende dieser Pandemie nur Verlierer*innen geben, wenn den erwartbaren Konsequenzen nicht schon während der Pandemie entgegengewirkt wird.

Damit nicht immer nur die Armen die Rechnung bezahlen!



Bereits Mitte März machte der Verein Tacheles eine „öffentliche Problem-anzeige“, denn die geschlossenen Eingangszonen des Wuppertaler Jobcenters erschweren und behindern den Zugang zu Sozialleistungen.

Sicher ist es in Pandemiezeiten nicht einfach, einen geschützten Kontakt für Mitarbeitende und Leistungsbezieher*innen aufrecht zu erhalten. Der Hinweis von Tacheles muss aber ernst genommen werden und das Jobcenter sollte nach Wegen suchen, dass Anträge und Unterlagen beweissicher eingereicht werden können. Eine direkte und niedrigschwellige Kommunikation muss gewährleistet sein, um existentielle Notlagen zu vermeiden.

Die Pandemie verschärft für viele Menschen die materiellen Nöte. Besonders,

da die Regierung nicht gewillt ist, den Leistungsbezieher*innen für Corona-bedingte Mehrausgaben mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Auch die notwendige Regelsatzerhöhung wird nicht in Angriff genommen.

Die Eingangszonen müssen Corona-gerecht geöffnet werden und eine persönliche Vorsprache gewährleistet sein, da nicht alle Menschen genug Geld für ein Handyguthaben bzw. für ein Mobilgerät zur Verfügung steht. DIE LINKE im Rat unterstützt die Empfehlungen von Tacheles für eine bessere Erreichbarkeit des Jobcenters. Denn das Jobcenter ist eine Institution der Grundversorgung und daher gesetzlich verpflichtet einen niederschweligen Zugang zur Behörde und Sozialleistungen zu gewährleisten. ●

<https://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2769/>



Endlich ist auch Wuppertal ein „Sicherer Hafen“

Jahrelanger öffentlicher Druck und neue Mehrheiten im Rat der Stadt machten es möglich: **Wuppertal erklärt sich bereit, in Not geratene Flüchtlinge aufzunehmen.**

2018 haben im Rahmen eines Bürger*innenantrags der Organisation Seebrücke fast dreitausend Menschen ein Zeichen der Solidarität mit Geflüchteten gesetzt und für einen Sicheren Hafen Wuppertal unterschrieben. Der Antrag wurde damals von der Ratsmehrheit leider abgelehnt. So erging es auch den Anträgen der Fraktion DIE LINKE, die seit 2016 immer wieder die Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern in Griechenland forderte.

DIE LINKE im Rat setzt sich für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Die unmenschlichen Bedingungen der Flucht und der menschenunwürdigen Unterbringung der Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen sind eine Schande für die Europäische Union (EU) und alle ihre Mitgliedsstaaten.

Die EU hält sich nicht an die eigenen Regeln

Die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskommission verbieten Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlung sowie das Verbot der Ausweisung oder Zurückweisung politisch Verfolgter. Diese Regelungen gelten auch für das Mittelmeer. Es sollten von Seiten der EU und Deutschlands Anstrengungen unternommen werden, Menschen aus Seenot zu retten. Die europäischen Staaten und auch die Schiffe auf dem Mittelmeer sind verpflichtet diese Regelungen einzuhalten und umzusetzen. Aber 2019 stellt die EU die Flüchtlingsrettung mit Schiffen im Rahmen der Mittelmeermission Sophia wegen des Streits um die Flüchtlingsaufnahme mit Italien ein. Immer wieder werden zivilgesellschaftliche Seenotrettungsschiffe unter fadenscheinigen Begründungen in den Häfen festgehalten und am Auslaufen zu Rettungseinsätzen gehindert. Die EU lässt die Menschen im Mittelmeer ertrinken; und wenn die Schiffe auslaufen können, ist es immer wieder ein großes Drama, bis ein Land sich bereiterklärt, die Geretteten aufzunehmen. Die Seenotretter*innen werden kriminalisiert.

Diese Politik muss sich ändern. Darum gibt es die Kampagne der Sicheren Häfen.

Mit der gemeinsamen Resolution von SPD, CDU, Grünen und DIE LINKE hat sich die Mehrheit der Ratsfraktionen für die Unterstützung der Seenotrettung ausgesprochen.

Es braucht aber darüber hinaus weiterhin großen zivilgesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung.



Denn Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. ●

Wer bezahlt die Corona-Krise?

Diese Frage wird durch die politischen Kämpfe der kommenden Zeit beantwortet. Im Stadtrat Wuppertal hat DIE LINKE eine Entschließung eingebracht, die von allen demokratischen Parteien unterstützt wird.

Kurz gefasst fordert die demokratische Mehrheit des Stadtrates, dass Bund und Land die durch die Wirtschaftskrise entstehenden Einnahmeausfälle und Mehrausgaben übernehmen. Die gegenüber der Pandemie ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen sind zum großen Teil der Grund für die den Einbruch der erstellten Güter und Dienstleistungen (BIP) um zeitweise 8%. Der andere Grund liegt in der zyklischen Abschwächung der Nachfrage aus allen Teilen der Welt.

DIE LINKE freut sich über diesen Erfolg und über die Einsichtsfähigkeit bei den örtlichen Vertreter*innen der herrschenden Parteien.

Aber – so fragen manche – ist die Übernahme von Schuldenlöchern nicht eine Verschiebung von einer staatlichen Kasse in die nächste?

Zunächst: Die Krise hat nicht der Stadtrat oder die Verwaltung verursacht. Es sind auch nicht die Banken wie in der Finanzkrise 2008 und 2010.

Zweitens: Staatsschulden sind für Wuppertal nur darum schlecht, weil sie durch Gesetze (Stärkungspakt) usw. zur

sofortigen Rückzahlung gezwungen ist bzw. dazu, jede zusätzliche Einnahme sofort in die Tilgung zu stecken. Die Rückzahlung von Corona-Krediten wird also die Stadt Wuppertal zwingen, auf nützliche Investitionen und auf den Ausbau von Dienstleistungen mit mehr Personal, das wir alle brauchen (Gesundheitsamt z. B.) zu verzichten. Bundes- und Landesregierung haben diesen Zwang nicht und können per Gesetz bestimmen, wann sie Schulden zurückzahlen.

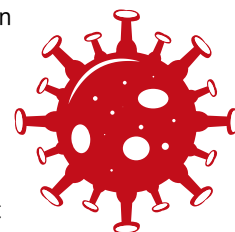
Drittens: Bundes- und Landesregierung sind nicht die „schwäbische Hausfrau“, die nur feste Einnahmen kennt. Der Staat

kann sich verschulden, um Werte für künftige Generationen zu schaffen (Verkehrswege, Schulgebäude, ökologische Energieversorgung usw.) Der Staat kann durch Bekundung des allgemeinen Willens in einem Gesetz seine Einnahmen erhöhen, weil stärkere Schultern mehr tragen können als schwache.

Viertens: Die Kapitalmärkte schwimmen, auch dank einer laxen Steuerpolitik, in anlagensuchendem Kapital. Es gibt Kredite zu sehr günstigen Bedingungen – gerade, weil der Staat sicher zurückzahlt. Sowohl lange Laufzeiten (kürzlich eine Staatsanleihe über 100 Jahre) als auch niedrige

Zinsen sind möglich. Ein wieder erstarrendes Wirtschaftswachstum lässt die Steuereinnahmen auch ohne Tarifänderungen wachsen.

Schuldenbremse und schwarze Null sind also nicht nur in der Corona-Krise überflüssig. Das hat selbst SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz eingesehen. Er hat aber die Konsequenzen für die Gemeinde-Finzen 2021 noch nicht gezogen. Daher braucht der Wankelmütige nicht nur den Anstoß durch eine Entschließung des Stadtrates, sondern neue Mehrheiten bei den nächsten Bundestagswahlen. Wuppertals Stadtrat und die Bürger*innen bestimmen, wie die Gleichheit der Lebensbedingungen gestaltet werden. ●



BUGA 2031: Die Diskussion starten!

Die Diskussion in der Stadtgesellschaft über die Bewerbung zur Bundesgartenschau (BUGA) muss endlich breit und detailliert geführt werden. Unter Zeitdruck können sich die Bürger*innen aber kein Urteil bilden. Die verbindliche Entscheidung im Rat kann deshalb nicht schon 2021 gefällt werden. Die Wuppertaler*innen brauchen diese Diskussion, damit sie das Megaprojekt beurteilen können, denn sie sind zweifach davon betroffen.

In den Bezirken Vohwinkel und Elberfeld-West, auch in Elberfeld und Uellendahl-Katernberg würde die BUGA

über Jahre zu Belastungen durch viele und große Baumaßnahmen führen. 2031 würden dann weit über eine Million Menschen durch den Wuppertaler Westen strömen.

Außerdem müssten alle Bürger*innen für die Kosten der BUGA aufkommen, vom Baubeginn an bis weit über das Ende des Events hinaus. Städtebaulich, verkehrstechnisch, sozial, ökologisch und finanziell würde nichts besser, neue Probleme würden entstehen: kaum städtebaulichen Impulse, zu weite Wege, Probleme und Gefahren durch die Hängebrücke, man-



gelnde Kapazität der Seilbahn am Zoo, Verkehrszunahme und Parkplatzmangel, Holzeinschlag auf der Königshöhe, Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Kosten für die Stadt in Höhe von 70,94 Millionen Euro ...

Eine ergebnisoffene Machbarkeitsstudie hätte gezeigt, dass es im Wuppertaler Westen gar keine Möglichkeit zur Durchführung einer Bundesgartenschau gibt.

Vielleicht hoffen manche Immobilieneigentümer*innen am Rand des betroffenen Gebietes auf eine Wertsteigerung oder auf andere „Chancen“.

Für die Anwohner*innen bedeutet die BUGA jahrelang Stress, Ärger und den Verlust von Lebensqualität.

Alle Wuppertaler*innen sollen die städtischen BUGA-Kosten in Höhe von 70,94 Millionen Euro tragen – zulasten von Sozialem, Schulen, Kultur und Sport. Welchen sozialen, kulturellen und ökologischen Aufgaben der Stadt müssten zur Deckung dieser Kosten eingeschränkt werden?

DIE LINKE bekräftigt: Die BUGA würde nur Schaden anrichten und lehnt die Bewerbung der Stadt Wuppertal zur BUGA 2031 ab. ●

Mehr Gesamtschulen für Wuppertal!

Wuppertal beschreitet nun endlich den von uns lange geforderten Weg zur 7. Gesamtschule im Wuppertaler Osten und das ist dringend notwendig. „Das Recht der Eltern, auf die freie Schulformwahl wird mit Füßen getreten, wenn Jahr für Jahr dreistellige Schüler*innenzahlen an den Gesamtschulen abgelehnt werden“, sagte Susanne Herhaus, die Fraktionsvorsitzende der Wuppertaler LINKEN. Tatsächlich werden jedes Jahr zwischen zwei bis drei komplette Klassenzüge abgelehnt, was also nahelegt, dass wir im Tal auch mindestens drei neue Gesamtschulen benötigen.

Der Bedarf für eine 8. Gesamtschule ist da

Doch leider begibt sich die Verwaltung noch nicht auf die Suche nach neuen Standorten um diese ggf. zumindest für eine Planung vorzusehen oder stellt Anstrengungen

für eine Bedarfsermittlung an. Der Schulpolitische Sprecher, Till Sörensen-Siebel sagt dazu: „Wenn wir nicht hier und vor allem jetzt handeln, wird die Bildung der Wuppertaler Jugend sehenden Auges vor die Wand gefahren.“ Damit ist die gesamte Problematik der verpatzten Inklusion noch gar nicht zum Tragen gekommen. Hier vergrößerte die Stadtverwaltung zuletzt die Klassengröße, gegen den Widerstand aller demokratischen Parteien und erteilt der sinnvollen pädagogischen Arbeit somit eine Absage. Natürlich werden die Wuppertaler Lehrkräfte ihr Bestes tun um diesen Missstand auszugleichen, wie sie es auch schon bei den heruntergewirtschafteten Schulen im Tal machten, doch das ist eigentlich überhaupt nicht ihre Aufgabe.

DIE LINKE im Rat wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass jedes Kind gute und für sich passende Bildung erfahren kann. ●

Prozess Paschalis – Das Schweigekartell

Der Ex-Dezernent Paschalis ist vom ehemaligen Oberbürgermeister Mucke wegen übler Nachrede angeklagt.

In dem von der Stadt Wuppertal vertreten durch den ehemaligen Oberbürgermeister Mucke, gegen den ehemaligen Dezernenten Paschalis geführten Verfahren haben sich fast alle Zeugen aus dem Kreis der bei der Stadt Beschäftigten und der Ratsmitglieder auf das ihnen gem. § 55 Abs. 1 StPO zustehende Zeugnisverweigerungsrecht berufen.

Es ist durchaus ungewöhnlich, dass so viele Zeugen einschließlich des ehemaligen OB Mucke von diesem Recht Gebrauch machen und damit nichts zum Sachverhalt beitragen wollen. Nämlich ob das Geschäft der Stadt mit ASS Bochum tatsächlich auf einer Unrechtsvereinbarung beruhte, bzw. ob aufgrund der Fakten zu einer solchen Einschätzung hätte kommen können.

Schließlich hat die Stadt ca. 700000 € ohne Gegenleistung an diese Firma gezahlt.

Das Rechnungsprüfungsamt hat die gesamten Vorgänge im Zusammenhang mit den Beziehungen der Stadt zu ASS Bochum überprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass es in diesem Zusammenhang keinerlei Rechtsverstöße gegeben hat. Aber auch die Vertreter von Rechnungsprüfungsamt und Rechnungsprüfungsausschuss schweigen vor Gericht. Dies obwohl Zeug*innen nur dann von ihrem Recht gebraucht machen dürfen, wenn sie sich mit ihrer Aussage selbst belasten könnten.

DIE LINKE im Rat fragt, womit hätten sich zahlreiche Zeug*innen belasten können, die vor Gericht geschwiegen haben? ●

Wir geben Schaeffler nicht auf!

Im Herbst 2020 wurde von der Firmenleitung bekannt gegeben, dass der Standort Wuppertal mit über 700 Arbeitsplätzen geschlossen werden soll. Konstruktiv hat der Betriebsrat ein Konzept zum Erhalt erstellen lassen, das als solide Grundlage für den rentablen Weiterbetrieb dienen kann. Dies wurde vom Management mit dünnen Worten zurückgewiesen, und der Vorstandsvorsitzende Klaus Rosenfeld konnte wenige Tage später die positive Entwicklung der Schaeffler-Aktie verkünden, sogar Übernahmen anderer Unternehmen werden nicht ausgeschlossen.

Schon 2013 und 2016 wurde mit Rücksichtslosigkeit und Härte die neoliberalen Vorstellungen der Unternehmensführung zu Lasten der Belegschaft durchgesetzt, wurde von den Mitarbeiter*innen zugunsten des Konzerns verzichtet.

Gesprächsbereitschaft des Oberbürgermeisters Schneidewind und eine breite Resolution des Stadtrates konnten nichts

an der Position der Milliardärs-Familie Schaeffler und ihres Topmanagers ändern. Die Schließung würde zu einem Erdbeben führen. Die Schäden wären enorm: hunderte Menschen würden erwerbslos, lokal und regional gäbe es Kaufkraftverluste und Produktionseinbußen, etwa bei der Lebenshilfe. Also mehr Not für Elberfeld-West und andere Stadtteile, während sich Schaeffler auch im Bereich Elektromobilität neue Absatzmärkte erschließt.

Der Oberbürgermeister und der Stadtrat kann es nicht dabei belassen, einmal auf das Management zugegangen zu sein – das reicht nicht!

DIE LINKE fordert in der BV-Elberfeld-West OB Schneidewind zu neuen Verhandlungen auf, um die Schließung abzuwenden.

Jetzt wollen wir zusammen mit den Mitarbeiter*innen handeln, denn es ist alles gesagt. ●

Ehemalige Pädagogische Hochschule: Alle Zeichen stehen auf Abriss

Am 10. Mai soll auf Vorschlag der Stadtverwaltung der Rat der Stadt beschließen, dass die Gebäude der alten Pädagogischen Hochschule abgerissen werden. Stadtspitze und Verwaltung haben nie wirklich in Erwägung gezogen, die Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Die Art und Weise, wie die Asbestsanierung durchgeführt wurde, ließ zu keinem Zeitpunkt einen anderen Schluss zu, als dass der Abriss längst beschlossene Sache war. Denn nur so machte die Rückführung der Gebäude bis auf den Rohbau einen Sinn.

Zur Erinnerung: Trotz intensiver Beprobung konnte nur an zwei Stellen Asbest nachgewiesen werden. Während der Asbestsanierung waren und sind bis heute die Gebäude nicht gesichert, um witterungsbedingte Schäden auszuschließen.

Hier der Link zur Onlinepetition zum Erhalt der Gebäude:

<https://www.openpetition.de/petition/online/ehemalige-paedagogische-hochschule-in-wuppertal-muss-erhalten-werden>



Jeder Abriss ist ein Gewaltakt

Solautet der Titel eines Spiegel-Artikels über die beiden französischen Architekt*innen Anne Lacaton und Jean-Philipp Vassal. Die beiden sind Fachleute aus Paris für die Umnutzung und Verbesserung bestehender Gebäude und haben dafür den Pritzker-Preis – den Nobelpreis für Architektur – 2021 erhalten.

Umweltschutz durch Bewahren, die Sicht auf den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes prägen ihre Entwürfe, und sie schaffen und verbessern preiswerten Wohnraum, das Wohnen für die Vielen. Deshalb wird ihre Architektur demokratisch wirksam.

Diese Chance scheint vertan

Rede von Gerd-Peter Zielezinski auf der Gedenkveranstaltung anlässlich des 76. Jahrestags der Befreiung Wuppertals am 15/16. April 1945 durch die Soldaten der 78. und 8. Infantry-Division der US-Army:

Liebe Antifaschist*innen, liebe Freund*innen,

als ich im Juli 1945 geboren wurde, ist Europa eine schwer zerstörte Region, voller Flüchtlinge, vom Krieg und Terror traumatisierter Menschen. Dies ist ein Ergebnis der Barbarei der Nationalsozialisten und ihrer Vernichtungsfeldzüge, die rund 55 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. 6 Millionen Jüdinnen und Juden wurden ermordet.

Die Alliierten beendeten 12 Jahre faschistischen Terrors. Nazi-Deutschland war militärisch besiegt, aber nicht die faschistische, menschenverachtende Ideologie in den Köpfen der meisten Deutschen. Der Einmarsch der Soldaten der 78. und 8. Infantry-Division der US-Army in Wuppertal am 15/16. April 1945 brachte auch den Zwangsarbeiter*innen in dieser Stadt die Befreiung.

Zitat Wiel Tulmans, im Herbst 1944 mit 14 Jahren bei den sogenannten Kerk-Razzien aus Limburg nach Langerfeld zur Zwangsarbeit verschleppt:

„Sonntag 15. April. ...Am Abend sind wir mit sechs Mann zur Kirche, um nachzusehen, ob der Pastor eine Messe feierte. Wir waren insgesamt 18 Mann, es waren noch Franzosen und Italiener anwesend ... Als wir danach, [nach der Messe] nach draußen kamen, glaubten wir unseren eigenen Augen nicht. Wir begannen alle vor Freude zu weinen und dann kamen die Befreier zu uns und gaben uns die Hand. Aber wir konnten kaum mehr laufen, denn wir standen da, wie am Boden festgenagelt. Was uns da durch den Kopf ging, wird niemals jemand

Dies obwohl schon seit ca. einem halben Jahr alle Fenster herausgerissen wurden.

Unabhängiges Gutachten abgelehnt

Der Abriss war von Anfang an das Mittel der Wahl. Besonders die zweimalige Ablehnung eines unabhängigen Gutachtens, dessen Finanzierung die Wuppertalbewegung angeboten hatte, deutet in diese Richtung. Dieses unabhängige Gutachten hätte prüfen sollen, ob der Umfang der Asbestsanierung nötig und ob die Kostenermittlung für die Ertüchtigung der Gebäude für eine Nachnutzung vom Gebäudemangement der Stadt realistisch berechnet war.

Nun sollen die Gebäude abgerissen und auf der freierwerdenden Fläche Modulbauten für Ersatzschulen errichtet werden. Dort



soll 2033 das Gymnasium Johannes Rau und danach entweder die Gesamtschule Else Lasker-Schüler Gesamtschule oder die Sonderschule am Nordpark einziehen. Damit diese endlich saniert werden können.

Was mit den Modulbauten geschehen soll, wenn sie nicht mehr als Ersatzstandort für Schulen benötigt werden, lässt die Verwaltung offen: Entweder bleibt der Neubau bestehen oder die Module werden wieder abgebaut. Der geplante Abriss und die nicht gesicherte Nachnutzung der Module, lassen uns weiterhin befürchten, dass das Areal auf der Hardt früher oder später als Bauland für „gehobene“ Wohnbebauung genutzt werden soll. ●

gischen Hochschule wird einem solchen Umnutzungsvorhaben der Weg verbaut.

Die Umwandlung der Kasernen auf den Südhöhen in den Campus Griffenberg ist doch schon ein mustergültiges Beispiel für Konversion in unserer Stadt.

Stattdessen profitieren bei einer späteren „gehobenen Bebauung“ auf der Hardt wieder nur die Wohlhabenden, eine lebendige, modernisierte Pädagogische Hochschule würde aber allen zugutekommen. Ideen gibt es genug, etwa den Einzug einer höheren Schule. Der kreativen Diskussion der Stadtgesellschaft über unsere Pädagogische Hochschule wären keine Grenzen gesetzt. ●



begreifen können, das ist mit keiner Feder zu beschreiben. Wir waren befreit!“

Tulmans, Wiel, Dunkle Monate in Wuppertal, S. 56 ff.

So werden es auch die polnischen Zwangsarbeiter empfunden haben, die mit meinen Eltern befreit waren und die mein Vater am Arbeitsplatz bei Bemberg kennen gelernt hatte. Nebenbei bemerkt: Anlässlich meiner Geburt wurden meine Eltern von ihnen reichlich beschenkt. Das war 1945.

Heute, im Jahre 2021, ist es immer eindeutiger, dass die Geisteshaltung, die bei vielen Menschen zu Mitläufer- und Mittäterschaft des deutschen Faschismus führte, auch 76 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs keineswegs ausgestorben ist.

In den neuen Stadtrat wurden fünf AfDler*innen und eine Vertreterin von Pro Wuppertal gewählt.

Sie nutzen den Rat der Stadt Wuppertal als Bühne für ihre menschenfeindliche Haltung und hetzen öffentlich gegen Geflüchtete und Eingewanderte. Ein krasses Beispiel sind die Aussagen des ehemaligen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, der in einem Moment, als er sich unbeobachtet fühlte, sagte, je schlechter es Deutschland gehe, desto besser sei dies für die AfD.

Und es sollten möglichst viele Flüchtlinge kommen, denn das nutze der AfD. Dann fügte er hinzu, diese kann man „immer noch alle erschießen, ... oder vergasen ...“ Wir müssen feststellen, dass mit dem Einzug der AfD in die Parlamente Barrieren gefallen und Hass und mörderische Hetze

zur gesellschaftlichen Realität geworden sind. Jetzt in der Pandemie hat die AfD ein neues Agitationsfeld für sich entdeckt.

Gemeinsam mit den sogenannten Querdenkern, Verschwörungsideolog*innen und Antisemit*innen demonstrieren AfDler*innen mit anderen Faschist*innen gegen die Werte der Demokratie. Die Teilnehmer*innen dieser Demonstrationen verunglimpfen durch das Tragen von Judensternen die Opfer der Shoah. Aus ihren Reihen werden Journalist*innen aggressiv angegangen und Menschen mit dem Tod bedroht. Gegen die Bedrohung von Faschisten und angesichts der Verstrickung und Tatenlosigkeit der Staatlichen Institutionen wie Bundeswehr, Verfassungsschutz und Polizei ist der Selbstschutz, der Schutz unserer Freiheit, die Aufgabe der Gesellschaft, bzw. der Antifaschist*innen.

Es ist für mich unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Religion verächtlich gemacht und bedroht werden.

Allen Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit sollten wir deshalb gemeinsam immer und überall entschieden entgegenreten! ●

Treten wir weiterhin für eine friedliche, solidarische Gemeinschaft ein, in der wir alle gemeinsam das Leben in unserer Stadt gestalten.



Bildnachweis: alle Portraitfotos: afi-fotodesign

SOZIAL ! ÖKOLOGISCH ! LINKS !

DIE LINKE Wuppertal stellt sich vor

Liebe Leser:innen

DIE LINKE Wuppertal hat am 20. März im Rex-Filmpalast einen neuen Kreisvorstand gewählt. Zur Kreissprecherin wurde Ruth Zielezinski gewählt, als neuer Kreissprecher Till Sörensen-Siebel. Die neuen stellvertretenden Kreissprecher:innen sind Svenja Kick und Dr. Salvador Oberhaus. Dr. Martin Fritsch wurde als Schatzmeister des Kreisverbandes im Amt bestätigt. Mit Maïke Schotten, Georg Dieker-Brennecke, Patricia Pielage, Uwe Meves-Herzog, Meieli Borowsky, Niklas Schönfeld, Claudia Radtke und Hans-Peter Schulz vervollständigen acht Beisitzer:innen den Kreisvorstand. Was andere nur fordern, wird



Ruth Zielezinski



Till Sörensen-Siebel

bei uns praktiziert: DIE LINKE.Wuppertal steht neuen Mitgliedern als „Mitmach-Partei“ offen und gestaltet den Generationswechsel gemeinsam. Die langjährigen Kreissprecherinnen Susanne Herhaus und Conny Weiß wurden mit Roten Nelken herzlich verabschiedet.

Gemäß des von der Mitgliederversammlung verabschiedeten Leitantrags „DIE LINKE.Wuppertal: Sozial – Ökologisch – links!“ stehen die Themen „Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ auch für die Bundestagswahl in Wuppertal im Vordergrund. „Damit ist die Linke für die vor uns liegenden Herausforderungen sehr gut aufgestellt“, so Sörensen-Siebel. „Wir werden uns auch in Zukunft für ein solidarisches Zusammenleben in Wuppertal einsetzen. Wir engagieren uns gegen jede Form von Diskriminierung und stehen an der Seite derer, die sich für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz, für eine lebenswerte Stadt der Vielen, für bezahlbare Mieten, für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen und für gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Kultur einsetzen.“

Trauer um Peter Oberhaus

DIE LINKE.Wuppertal trauert um ihren langjährigen Kreis-Vorsitzenden Peter Oberhaus. Peter Oberhaus, aus der Quellpartei PDS kommend, war Gründungs-Mitglied der LINKEN Wuppertal und hatte maßgeblichen Anteil daran, dass der Fusionsprozess mit der WASG reibungslos und erfolgreich ablief.

Nach der Fusion führte er besonnen und ausgleichend den Kreisverband. Seinem Engagement haben wir es zu verdanken, dass unser KV einer der erfolgreichsten Kreise in NRW ist. Zeit seines Lebens setzte er sich mit aller Kraft und Leidenschaft für benachteiligte Menschen ein.

1985 wurde zum ersten Mal auf dem Norrenberger Friedhof den gestorbenen Menschen gedacht, die aus den Ländern der Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Wuppertal deportiert worden waren. Dieses nun alljährliche Gedenken wurde von Peter Oberhaus initiiert und gemeinsam mit anderen Organisationen – Ev. Kirche, VVN u. a. – organisiert und durchgeführt.

In unserer tiefen Trauer, dass wir Dich verloren haben, sind wir auch unendlich dankbar, dass wir Dich gehabt haben.

Ruth Zielezinski, Kreissprecherin und Till Sörensen-Siebel, Kreissprecher

Klatschen alleine hilft nicht! –

DIE LINKE kämpft für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege

Die Corona-Krise hat den Pflegenotstand beschleunigt. Weil Geld verdienen im Kapitalismus wichtiger ist als das Wohl von Patient:innen / Bewohner:innen und Beschäftigten, traf die Corona-Krise auf ein weithin kaputtgespartes Gesundheitssystem. Viel zu wenige Pflegenden sind für viel zu viele Patient:innen / Bewohner:innen da. Zeit für jeden einzelnen ist Mangelware und Stress vorprogrammiert. Viele Pfleger:innen werden nach einigen Jahren Berufstätigkeit krank, häufig kommt es zu Burnout. Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen denkt ein Drittel der Pflegekräfte daran, nach der Corona-Krise ihren Beruf zu verlassen. Neue kommen oft nicht nach, weil unter diesen Bedingungen viele Menschen keine Lust haben auf diesen eigentlich tollen und wichtigen Beruf. **Wir wollen gegensteuern!**

Deshalb war DIE LINKE.Wuppertal im Rahmen der Landeskampagne „Du hast das Wort!“ und beim ver.di-Warnstreik zur Tarifrunde bei Helios vor Ort, um Flugblätter zu verteilen und mit Beschäftigten und Gewerkschafter:innen ins Gespräch zu kommen. Helios steht exemplarisch für ein kapitalistisch orientiertes Gesundheitssystem, in dem es mehr um Geld und weniger um die Menschen geht. In der Tarifrunde hat Helios denn auch zunächst ein Angebot gemacht, das sogar ein Reallohnverlust für die Beschäftigten gewesen wäre. Mit kreativen Protestaktionen und Warnstreik haben die Beschäftigten und die Gewerkschaft ver.di ein etwas besseres Tarifergebnis herausgeholt: 3,8 Prozent mehr Geld in 24 Monaten sowie eine Corona-Prämie und im laufenden Jahr einen Corona-Entlastungstag.

Doch in der Pflege gibt es weiterhin viel zu tun. So verhinderte die Caritas vor kurzem, dass eine Erhöhung des Mindestlohns in der Pflege für allgemeinverbindlich erklärt wird. Und die Vergütung nach Fallpauschalen, sogenannten DRGs (Diagnosis Related Groups), setzt weiterhin Fehlanreize dafür, die Zahl der „Fälle“ zu maximieren und andererseits jeden „Fall“ mit so wenig Aufwand und Personal wie möglich abzufertigen, um Kosten zu sparen. DIE LINKE.Wuppertal unterstützt deshalb neben gewerkschaftlichen Kämpfen auch die Volksinitiative „**Gesunde Krankenhäuser in NRW – für alle!**“

Der LINKE-Direktkandidat für den Wahlkreis 102 (Wuppertal), Till Sörensen-Siebel, dazu: „Gesundheit darf keine Ware sein! DIE LINKE setzt sich zusammen mit der Volksinitiative ein für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitssystem, dessen Profite in der Gesundheit der Menschen und nicht den Finanzen liegen, in dem alle sich gut aufgehoben fühlen können, mit genug Personal und guten Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten.“

Auch häusliche Pflege durch Angehörige wird zu wenig wertgeschätzt. Häufig übernehmen Frauen diese wichtige Arbeit und geben dafür ihre Berufstätigkeit auf. Das ist anstrengend und macht finanziell arm. Pflegenden Angehörigen können zwar Pflegegeld erhalten, dies reicht aber häufig nicht. Pflegenden Angehörigen erhalten im Alter oft geringe Renten, da während der Pflege zuhause fast nichts in die Rentenkasse eingezahlt werden kann. DIE LINKE setzt sich daher auch für eine bessere Berücksichtigung häuslicher Pflege bei der Rente ein.

Unser Kandidat für den Bundestag stellt sich vor:

Mein Name ist Till Sörensen-Siebel. Ich bin der Bundestagsdirektkandidat der LINKEN für den Wahlkreis 102 in Wuppertal. Ich zähle mit meinen 24 Jahren sicherlich noch zu den jüngeren, gerade was das Parkett der Politik angeht, bin aber trotzdem kein ganz unbeschriebenes Blatt. Ich wuchs als Sohn einer alleinerziehenden Mutter in Ronsdorf auf, was mich schon insofern prägte, als dass ich erfuhr, dass Armut, gerade für Frauen, in diesem Land knallharte Realität ist. Nun hatte ich jedoch das Glück die Gesamtschule Ronsdorf besuchen zu dürfen, was mir die Möglichkeit eröffnete, ohne einen vorangehenden Schulwechsel die Oberstufe zu besuchen und 2016 mein Abitur zu erwerben, was in einer anderen Schulform fraglich gewesen wäre. Darüber hinaus politisierte mich der Geschichtsunterricht enorm, in dem wir mit einem Historiker aus Münster echte Forschung zu den in Ronsdorf erschossenen Deserteuren des Zweiten Weltkrieges betrieben. Daraus ging ein Denkmalprojekt hervor, dass wir im Jahre 2019 zum Abschluss bringen konnten.

Seit 2017 bin ich Mitglied der Wuppertaler Linken und freue mich sagen zu können, dass ich hier sowohl eine politische, als

auch eine persönliche Heimat gefunden zu haben. Ich darf für die Stadtratsfraktion die Rolle des Schul- und Jugendpolitischen Sprechers übernehmen. Darüber hinaus konnte ich mit der Linksjugend solid´ Wuppertal große Projekte wie die „Engels-Akademie“ erarbeiten und umsetzen. Das alles liest sich aber eher wie ein grob skizzierter Lebenslauf, was natürlich einerseits wichtig ist, weil ich Ihnen mitteilen möchte, welcher Mensch hinter den politischen Thesen und Überzeugungen steht, aber eben diese Überzeugungen das eigentlich wichtige sind. Wie es in der DNS unserer Partei liegt und wie bereits aus meinem Werdegang hervorgeht, ist mir die sog. Soziale Frage besonders wichtig, doch was versteht ein Linker unter dieser Floskel? Das ist kurz gesagt, der Abbau von nicht gerechtfertigten finanziellen Unterschieden und eine Stärkung der nicht wohlhabenden Bevölkerung. Ich bin mir sicher, dass sich jeder und jede Linke auf eben diesen Satz einlassen könnte. Ich komme gerne mit Ihnen über unsere Ideen und Anliegen ins Gespräch. Schreiben Sie mir eine Mail oder besuchen Sie mich in den Sozialen Medien und in den online Kandidatensprechstunden. Und wenn die Pandemieentwicklung es erlaubt, treffen sich mich am Infostand.

Als junger Mensch liegt mir natürlich auch das Klima sehr am Herzen und da ich als durch und durch Wuppertaler Jung´ nicht gerade an viel Sonnenschein und Wärme gewöhnt bin bereitet mir auch diese Aussicht keine Freude. Jedoch handelt es sich dabei lediglich um Wetter und nicht die dramatischen Klimaveränderungen, die gigantische Teile dieses Planeten noch zu meinen Lebzeiten unbewohnbar machen werden. Auch hier spielt die Frage nach sozialer Ungerechtigkeit eine große Rolle, da es sowohl global, als auch in Deutschland immer die Ärmsten sind, die am meisten unter den Entwicklungen zu leiden haben. Die Menschen, die in Deutschland in schlecht isolierten und sich aufheizenden Innenstadtwohnungen leben und ab einem gewissen Alter am Hitzetod sterben sind es, die am Ende den Kürzeren ziehen.

Sie erreichen mich unter: till.soerenzen@die-linke-wuppertal.de oder über unsere Homepage www.die-linke-wuppertal.de

Bis bald, Ihr Till Sörensen-Siebel

SOZIAL ! ÖKOLOGISCH ! LINKS !